

Februar 2022

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Zäsur in Europa – Putins Krieg

Sondergipfel am 24. Februar 2022

Dr. Hardy Ostry, Jana Bernhardt, Lena Kromm

Eilig rief der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, einen Sonderratsgipfel für Donnerstag, den 24.02.22 ein. Grund hierfür war die militärische Invasion Russlands in die Ukraine. Weltweit wurde der gezielte operative Angriff scharf verurteilt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach von einem Krieg in Europa. Die europäische Sicherheitsarchitektur steht vor einer Neuordnung. Mit ihren Schlussfolgerungen zum Sondergipfel bewiesen die Ratsmitglieder große Einigkeit in einer ihnen bis dato unbekanntem Krisensituation.

Hintergrund

Mit dem Zerfall der Sowjetunion proklamierte die Ukraine 1991 zum zweiten Mal ihre staatliche Unabhängigkeit und trat noch im selben Jahr der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (CIS) bei, ein Zusammenschluss ehemaliger Sowjetrepubliken, unter dem Kooperationsgrundsatz der gegenseitigen Achtung staatlicher Souveränität. Das Ziel des Staatenbundes, die Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und gesellschaftlicher Ebene auszubauen und zu vertiefen, wurde von der Ukraine nicht verfolgt. Vielmehr wurde die Außenpolitik der Regierung in Kiew von Beginn an vom Konzept der Mehrgleichigkeit geprägt. Dabei wurde eine Integration in bestehende euro-atlantische Strukturen angestrebt, bei einer gleichermaßen ausgerichteten Zusammenarbeit mit Russland.

Die damit einhergehende Annäherung der Ukraine an den Westen sollte seither die Beziehung zu Moskau belasten, und auch russische Abspaltungsversuche der Krim führten schon früh zu scharfen Konflikten zwischen den Nachbarländern. Der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014 schließlich wurde durch das russische Narrativ der historischen Zugehörigkeit der Schwarzmeerhalbinsel zu Russland begründet und besiegelte endgültig den Bruch zwischen Kiew und Moskau.

Brisanz gewann der seit nunmehr sieben Jahren andauernde bewaffnete Konflikt zuletzt mit dem russischen Truppenaufmarsch an der russisch-ukrainischen und belarussisch-ukrainischen Grenze. Russland fühle sich durch die NATO-Osterweiterung direkt bedroht, das Land brauche Sicherheitsgarantien, ließ der Kreml vor diesem Hintergrund verlauten. Neben der Forderung eines US-Truppenabzuges aus Osteuropa erwarte man, dass sich das transatlantische Bündnis nicht weiter gen Osten erweiterte, hieß es aus dem russischen Außenministerium. Das Recht auf freie Bündniswahl sei nicht verhandelbar, erklärte die NATO. Eine Dilemma-Situation. Seit Wochen rang der Westen unter dem Blick der Weltöffentlichkeit um eine Deeskalation des Konflikts. Die Bemühungen, eine diplomatische Lösung zu erzielen, waren groß und tatsächlich flackerte mit der Ankündigung der russischen Regierung, einen Truppenabzug aus dem Grenzgebiet angeordnet zu haben,

ein kleiner Hoffnungsschimmer auf. Nebel leuchten, wie sich aus heutiger Sicht herausstellt.

Mit der Fernsehansprache Wladimir Putins am 21. Februar erlosch die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der Auseinandersetzung endgültig. In einer martialischen Rede sprach Putin der Ukraine nicht nur ihr Existenzrecht ab, er kündigte zudem die Anerkennung der ostukrainischen Separatistengebiete Luhansk und Donezk als unabhängige Volksrepubliken an, der Bruch des Minsker Abkommens war damit besiegelt.

Nur kurze Zeit später folgte die Verlegung russischer Truppen in die Ostukraine. Die damit vollzogene völkerrechtswidrige Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine führte zu internationaler Kritik, erste Sanktionen wurden erlassen. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag, mitteleuropäischer Zeit, wurde die Welt schließlich Zeuge eines gezielten operativen Angriffs Russlands auf die Ukraine. Putin bringe den "Krieg zurück nach Europa", die europäische und globale Sicherheit sei damit in großer Gefahr, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer ersten Stellungnahme.

Die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine müsse uneingeschränkt von Russland akzeptiert werden, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung mit EU-Ratspräsident Charles Michel weiter. Schließlich habe die Anwendung von Gewalt und Zwang im 21. Jahrhundert keinen Platz. Noch am selben Tag berief Michel einen Sondergipfel des Europäischen Rates ein, um das weitere Vorgehen mit den EU-Staats- und Regierungschefs koordiniert zu determinieren und restriktive Maßnahmen gemeinsam zu erörtern. Auch wurde ein Treffen der G7 gefordert sowie eine Krisensitzung der NATO. Polen, Rumänien und die baltischen Staaten fühlen sich vom Truppenaufmarsch unmittelbar bedroht und aktivierten deshalb Artikel-4 des Bündnis-Vertrags.

Entwicklung

In geschlossener Einigkeit verurteilte der Rat „die grundlose und ungerechtfertigte Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine“, unterstrich die Gültigkeit der völkerrechtlich anerkannten Grenzen des ukrainischen Staatsgebietes und forderte die Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des Landes. Zuvor hatten sich bereits die Staats- und Regierungschefs der G7 zur Invasion der Ukraine durch russische Streitkräfte in einer gemeinsamen Erklärung geäußert. „In dieser dunklen Stunde sind wir mit unseren Gedanken beim ukrainischen Volk [...]. Wir appellieren an die Russische Föderation, das Blutvergießen zu stoppen, die Lage unverzüglich zu deeskalieren und ihre Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen“. Tiefes Mitgefühl gelte dieser Tage den Menschen in der Ukraine, erklärten die Spitzen der EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel. Die EU sei geeint in ihrer Solidarität für die Ukraine, die auf politische, logistische, humanitäre und finanzielle Hilfe der europäischen Gemeinschaft bauen könne. Man fordere Russland und die von Russland unterstützten bewaffneten Verbände auf, all denen, die darauf angewiesen seien, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe zu gewähren, ließ der Rat in der Abschlusserklärung verlauten.

Unmittelbar nach der rechtswidrigen Anerkennung der Separatistengebiete hatte der Rat restriktive Maßnahmen gegen Russland verhängt, am Donnerstagabend haben die 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten dann ein weiteres umfangreiches Sanktionspaket erlassen. Es gehe um nicht weniger als „ein Paket massiver und zielgerichteter Sanktionen“, sagte Kommissionspräsidentin von der Leyen im Vorfeld des Gipfels. Die Sanktionen betreffen vor allem den Finanz-, Energie-, und Transportsektor, die Visumpolitik sowie Ausfuhrkontrollen und Ausfuhrfinanzierung. Ein Swift-Ausschuss Russlands ist derzeit nicht vorgesehen, u.a. auch wegen deutscher, ungarischer und italienischer Bedenken. Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte, man wolle sich weitere Eskalationsstufen vorbehalten; eine Haltung, die national wie auch international auf Kritik stoß.

Ursula von der Leyen verdeutlichte das Ausmaß der Sanktionen, die das russische Wirtschaftswachstum bremsen, die Inflationsrate ansteigen, den Kapitalfluss verringern und die industrielle Basis des Landes untergraben würden. Einzelpersonen sei es dadurch nicht mehr möglich, ihr Vermögen in Europa anzulegen. Auch ein Exportstopp für Hightech Produkte solle verhängt werden. Die damit einhergehenden wirtschaftlichen Einschränkungen würden für Russland stark spürbar, insbesondere da mit dem Verkaufsverbot von Flugzeug-Ersatzteilen und Ausrüstungen – einem Schlüsselsektor für die russische Wirtschaft und wichtig für die Konnektivität – der Zugang abgeschnitten würde. Auch die Zulieferung von Schlüsseltechnologien, die in der heutigen digitalen Welt dringend benötigt werden, wolle man stoppen. Dies umfasse u. a. Halbleiter und Spitzentechnologien, die das Land für eine wohlhabende Zukunft benötige.

Das prorussische Belarus soll wegen der Unterstützung des Angriffes auf die Ukraine ebenfalls mit Sanktionen belegt werden. Russische Soldaten waren am 24. Februar von Belarus im Norden in die Ukraine einmarschiert, nachdem sie sich wegen einer angeblich gemeinsamen "Militärübung" mit Russland seit Wochen im Land befanden. Nach Schätzungen der Vereinigten Staaten hatte Russland dafür rund 30.000 Soldaten in das Nachbarland verlegt. Das Land, das eine wichtige Funktion im Krieg einnimmt, wurde erneut aufgerufen, internationales Völkerrecht zu achten.

Wie bedeutsam eine multilaterale Zusammenarbeit ist, bekräftigen die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsländern in der gemeinsamen Abschlusserklärung. Von besonderer Priorität für die EU werde auch weiterhin die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern sein. Der Beschluss des Rates vom Dezember 2016, die europäischen Bestrebungen der Ukraine und ihr Bekenntnis zu Europa, wie sie im Assoziierungsabkommen festgelegt worden waren, wurde erneut bekräftigt. Zudem unterstütze man uneingeschränkt die Souveränität und territoriale Unversehrtheit Georgiens sowie der Republik Moldau, hieß es aus Brüssel weiter.

Eine nie dagewesene wirtschaftliche Hilfe versprach Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auf der abschließenden Pressekonferenz in der Nacht zum Freitag. Finanzielle Mittel und Material sollten bereitgestellt werden, um das ukrainische Volk zu unterstützen. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger, wie auch der Wirtschaft, müsse gewährleistet werden. Nötige Änderungen sieht der Rat auch in der Sicherheitsstruktur der EU vor. Die Europäische Union solle nicht nur einen Markt für Verbraucher bereitstellen, sondern müsse souverän und autonom sein, indem der Green Deal selbst gestaltet werde, Grenzen geschützt, technologische Souveränität sichergestellt und ein enges Arbeiten mit den Bündnispartnern weiter intensiviert werde.

Kommentar

Wladimir Putin und seine eklatante Verletzung des Völkerrechts basiert auf einem Geschichtsrevisionismus, der bis in die Zeit des Russischen Reiches zurückreicht. Die langwierigen diplomatischen Bemühungen des Westens, dem entgegenzutreten, blieben vor diesem Hintergrund erfolglos und endeten schließlich in einem menschenverachtenden militärischen Angriff auf die Ukraine. Die Europäische Union handelte umgehend und mit entschlossener Konsequenz, die Kommission begann unmittelbar mit der Ausarbeitung eines scharfen Sanktionspaketes. Geschlossen und geeint endete der Sondergipfel, nachdem bis in die frühen Morgenstunden getagt wurde. Der Versuch Europa zu spalten, führte zum Gegenteil. Von einer nie dagewesenen Einigkeit wird vielfach gesprochen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint die EU gestärkt, die Mitgliedstaaten treten geeint auf.

Die russische Aggression gegen die Ukraine wird das Verhältnis zwischen Ost und West für Jahrzehnte beeinflussen. Es ist davon auszugehen, dass die Neuordnung der europäischen- und asiatischen Sicherheitsarchitektur ein europaweites, national- sowie internationales Aufrüsten zur Folge haben wird. Der Ausbau von Armeen und die Stärkung der sicherheitspolitischen und militärischen Instrumente wird vermutlich eine Konsequenz der neuen Bedrohungslage und damit der Beginn einer Kalter-Krieg-ähnlichen Situation sein.

Die gegen Russland verhängten Sanktionen werden das Land zwar hart treffen, zugleich aber auch Auswirkungen auf die globale Wirtschaft haben. Erste Schockwellen laufen bereits durch die Finanzmärkte. Der Zertifizierungstop von Nord Stream 2 wird unmittelbare wirtschaftliche Auswirkungen auf Deutschland haben, mit explodierenden Energiepreisen zur Konsequenz. Offen bleibt die Frage ob eine vertiefte militärische, aber auch wirtschaftliche Kooperation zwischen Russland und China eintreten wird, wie es bereits nach der Krim Annexion 2014 der Fall war. Noch vor drei Wochen hatte China Russland die uneingeschränkte Partnerschaft zugesprochen. Ob und in welcher Form China den Kreml nach den jüngsten Entwicklungen weiter unterstützen wird, bleibt abzuwarten. Da die EU jedoch ein wichtiger Handelspartner des Landes ist, erscheint ein zu starkes Eingreifen Chinas als unwahrscheinlich. Gleichzeitig wird intensiv zu beobachten sein, ob das russische Beispiel nicht Schule macht. Intensive chinesische Militärmanöver vor Taiwan Küste könnten dafür ein Anzeichen sein.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten konnten sich in der Vergangenheit auf keine einheitlich ausgerichtete Asyl- und Migrationspolitik einigen. Die EU wird sich angesichts des Krieges in der Ukraine und der damit durch Russland ausgelösten humanitären Katastrophe dieser

Problematik erneut stellen müssen. Groß ist die Hoffnung, dass dabei Lehren aus den Ereignissen im Jahr 2015 gezogen wurden. Denn abermals wird die Verteilung der ankommenden Kriegsgeflüchteten nach einer europäischen Lösung verlangen. Ungarn, das seinerzeit eine EU-Flüchtlingsquote entschieden ablehnte, sicherte unmittelbar nach Ausbruch des Krieges die Aufnahme von Geflüchteten zu.

Die europäische und transatlantische Gemeinschaft sieht sich mehr als dreißig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges großen Herausforderungen konfrontiert. Die liberale Weltordnung, die wertebasierte Gemeinschaft gilt es mehr denn je zu schützen und zu verteidigen. Gestützt auf die "Schlussakte von Helsinki" 1975 formierten sich im damaligen Ostblock erste oppositionelle Bewegungen, mit dem Ziel einen politischen und gesellschaftlichen Wandel im kommunistischen Einflussbereich zu vollziehen. Der damit beginnende Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozess konnte, wenngleich das Regime damals versuchte, dem durch diverse Maßnahmen entgegenzutreten, nicht aufgehalten werden. Die Menschen, die gewillt waren, einen Wertewandel nach westlichem Vorbild zu bewirken, waren in ihrem friedlichen demokratischen freiheitsstreben Kurs nicht aufzuhalten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)